

1142 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 27. Juni 1974,
betreffend ein Bundesgesetz über Geldleistungen an öffentlich
Bedienstete während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft

Die letzte Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958,
BGBl.Nr. 179/1974 beinhaltet Verbesserungen des Karenzurlaubsgel-
des. Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates
soll für Dienstnehmerinnen des öffentlichen Dienstes, eine ent-
sprechende Angleichung erfolgen und das Karenzurlaubsgeld für
verheiratete Mütter mit 2000 S monatlich und für alleinstehende
Mütter mit 3000 S festgesetzt werden. Gleichzeitig soll der gegen-
ständliche Gesetzesbeschluß an die Stelle des bisherigen Ersatz-
leistungsgesetzes treten.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner
Sitzung vom 2. Juli 1974 in Verhandlung genommen und einstimmig
beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu
erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit
den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 27. Juni
1974, betreffend ein Bundesgesetz über Geldleistungen an öffentlich
Bedienstete während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft,
wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 2. Juli 1974

Hermine K u b a n e k
Berichterstatter

S e i d l
Obmann